

DEZEMBERSITZUNG:

NPD FORDERT „SPORT FREI!“

Bürgermeistersohn und Linken-Fraktionsvorsitzender Thomas Michaelis beantragte im Namen der demokratischen Fraktionen, den NPD-Antrag „Aufhebung der Sportstättennutzungsgebühr“ von der Tagesordnung zu nehmen. Er begründete seinen bürgerfernen Vorstoß mit § 31 (2) der Kommunalverfassung. Demnach müssen Anträge, durch die der Gemeinde Mehrausgaben oder Mindereinnahmen entstehen, bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; die Haushaltsstelle ist zu benennen.

Verschwiegen wurde, daß man kurz zuvor den umstrittenen Beschluß zur Aufstellung eines überbewerteten Klimaschutzkonzeptes (120.000 Euro) von der Tagesordnung nahm. Dieser hätte von der NPD ohne weiteres als Gegenfinanzierungsvorschlag erhalten können. Außerdem war der Haushalt 2012 noch nicht einmal in Planung, die Benennung einer Haushaltsstelle daher unmöglich.

Marcus Neumann (NPD) verdeutlichte, daß ein dringender Beschluß für einige Sportvereine von existentieller Bedeutung sei. „Wenn

die demokratischen Fraktionen mit der Einführung einer Hallennutzungsgebühr einen Fehler gemacht haben, sollen sie heute dazu stehen und den Beschluß über die Nutzungsgebühr rückgängig machen. Die vielen Sportler in den Zuschauerreihen zeugen davon, wie wichtig das Thema für die Vereine ist.“

Der Antrag wurde bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung von der Tagesordnung abgesetzt. Ein Großteil der Sportler verließ daraufhin unter Protest den Saal. „Schämen solltet ihr euch!“, „das ist das Ende für unseren Verein“.

IM GESPRÄCH MIT EINEM BETROFFENEN

Mehrere Vereine haben ihre Verträge mit der Stadt bereits gekündigt. Unsere Redaktion sprach mit einem Betroffenen vom Ueckermünder FC.

Werter Herr Boldt (Name geändert*), wie lange gab es den Ueckermünder FC, wie viele Mitglieder waren im Verein organisiert und worin sahen Sie ihr Hauptbetätigungsfeld?

Der Verein wurde 1999, also vor 13 Jahren, gegründet. Zuletzt waren wir 19

aktive Mitglieder, die regelmäßig ihre Beiträge an den Kreissportbund und an den Landesfußballbund zahlten. Der Großteil unserer meist jugendlichen Mitglieder kam aus einem sozial schwachen Umfeld. Eine Beitragserhöhung von 2,50 auf 5,00 Euro wäre daher nicht tragbar gewesen.

Hier bei uns wurde Freizeitfußball gespielt ohne den Druck einer aktiven Fußballmannschaft im Rücken. Trotzdem diente unser Verein gewissermaßen als Sprungbrett für junge Talente. Denn viele unserer ehemaligen Mitglieder waren später Leistungsträger

>> WEITER AUF SEITE 6

>> FORTSETZUNG VON SEITE 5

in anderen Vereinen, z.B. bei Einheit, beim UTV oder bei Traktor Luckow.

Unsere Beiträge wurden in erster Linie für die Teilnahme an verschiedenen Turnieren verwendet. Den alljährlichen Höhepunkt stellte das Turnier in Annaberg-Buchholz dar. Überall haben wir Werbung für Ueckermünde gemacht und Flyer verteilt.

Sie sprachen davon, daß in Ihrem Verein viele junge Leute Mitglieder waren. Was denken Sie, werden diese Jugendlichen machen, jetzt wo es den Verein nicht mehr gibt?

In erster Linie bin ich froh, daß viele in anderen Vereinen untergekommen sind. Diejenigen allerdings, für die beim Fußball nicht Höchstleistungen, sondern sportliche Betätigung und sinnvolle Freizeitgestaltung im Vordergrund standen, werden jetzt nicht so richtig wissen, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollen. Trotzdem hoffe ich, daß der Kontakt untereinander aufrecht erhalten bleibt.

Ist Ihnen bekannt, daß auch andere Städte ihre

Vereine mit einer Sportstättennutzungsgebühr in den finanziellen Ruin treiben?

Nein! Selbst die Stadt Torgelow, die gleiche finanzielle Schwierigkeiten wie Ueckermünde hat, verzichtet zu Gunsten der Sportler auf eine Erhebung von Nutzungsgebühren. Meiner Meinung nach wurde die Satzung nur beschlossen, um sich von den Vereinen das Geld für die Mißplanung des viel zu teuren und unsinnigen Schloßanbaus zu holen.

Hat der Beschluß über die Einführung einer Nutzungsgebühr Ihr Vertrauen in die Politik verändert und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Die Satzung wurde von Stadtvertretern beschlossen, die sich anscheinend nichts aus Sport machen bzw. selber eine dicke Brieftasche haben. Als einzige Fraktion stimmte die NPD geschlossen dagegen und zeigte ein Herz für uns Sportler. Ueckermünde rühmt sich zwar mit den Leistungen seiner Sportler, so geht der Sport in dieser Stadt jedoch ein.

Ich danke den NPD-Stadtvertretern, daß Sie weiterhin gegen die Nutzungsgebühren kämpfen. Ich hoffe, daß es anderen Vereinen nicht so geht wie uns und die Satzung zur Sportstättennutzung doch noch gekippt wird.

Herr Boldt, wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen und Ihren ehemaligen Vereinskollegen, daß die Stadtvertreter Einsicht zeigen und ihren schwerwiegenden Fehler rückgängig machen.



*Der richtige Name liegt der Redaktion vor. Er wurde auf eigenem Wunsch geändert, weil die Person ansonsten persönliche Nachteile befürchtet.

KURZ & KNAPP

Nachrichten aus der Ueckermünder Stadtvertretung

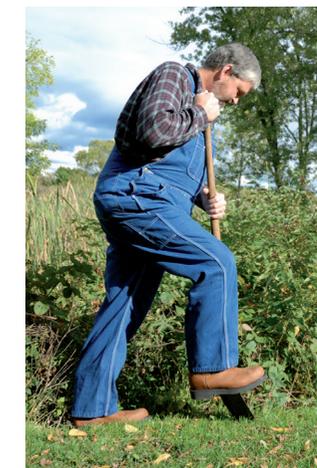


Ausgabe 1 - Jahrgang 2012

Überflüssiges Klimaschutzkonzept wider Gartenpacht!

Auf der Stadtvertreterversammlung am 29. März wurde die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes beschlossen. War in der ersten Drucksache, die schon im Dezember durchgepeitscht werden sollte, noch von bis zu 120.000 Euro Kosten die Rede, so einigte man sich diesmal auf die Verschwendung von 90.000 Euro Steuergeldern. Der Eigenanteil der Stadt liegt immerhin bei 22.000 Euro. Ueckermünder Sportvereine müßten nach derzeitigem Stand etwa eineinhalb Jahre brav ihre Nutzungsgebühren abdrücken, um den Eigenanteil für das Klimaschutzkonzept auszugleichen.

Von der Geldverschwendung abgesehen, stellt sich die Frage, ob und wofür wir überhaupt ein Klimaschutzkonzept brauchen? Ein Blick ins Weltnetz genügt für die Antwort. Dort findet man eine Ansammlung von Hunderten solcher Konzepte, die sich inhaltlich nahezu gleich



neue Idee, wo sie das Geld auftreiben könnten.

Voraussichtlich im Juni soll es nach den Sportlern und Hundehaltern nun auch den Gartenbesitzern an den Kragen gehen. Die Planungen, den Pachtzins von derzeit 0,04 € auf bis zu 1 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen, laufen auf Hochtouren. Einige Datschenbesitzer werden dann, anstatt der gewohnten 14 Euro für einen durchschnittlichen Garten von 350 Quadratmeter, mit 350 Euro zur Kasse gebeten. Das würde viele Kündigungen nach sich ziehen.

gestalten. Gebetsmühlenartig wird vorgeschlagen, mehr Solaranlagen zu errichten, überflüssige Abwärme von Betrieben für Haushalte zu nutzen und die öffentliche Kfz-Flotte gegen Fahrräder zu tauschen. Das Geld für diese steinalten Hinweise können wir uns wahrlich sparen oder lieber gleich direkt in den Umweltschutz investieren.

Die Stadtoberen haben allerdings schon wieder eine

Inwieweit die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes mit den Kündigungen vieler Gartenbesitzer vereinbar ist, bleibt fraglich. Schließlich würde dann auch noch das letzte Obst und Gemüse, verbunden mit einem riesigen Co2 Ausstoß, aus Übersee importiert.

NPD-STADTVERTRETER LEGT MANDAT NIEDER



NPD-Fraktion: Noch einmal geschlossen beim Frühjahrsputz!

Die Ueckermünder NPD-Fraktion besteht seit Mitte Februar nur noch aus zwei Personen. NPD-Stadtvertreter Marcus Neumann legte aufgrund eines Wohnortwechsels sein Mandat nieder.

Neumann äußerte sich zu den Hintergründen und versprach gleichzeitig, der Kommunalpolitik treu zu bleiben:

„Die Kommunalverfassung schreibt vor, daß ehrenamtliche Mandatsträger, so wie ich es bis Mitte Februar in Ueckermünde war, ihren Wohnort in der Gemeinde haben müssen, in der sie kommunalpolitisch tätig sind.“

Als Eltern von zwei Kindern waren meine Frau und ich schon seit längerem auf der Suche nach einem pas-

senden Haus für unsere Familie. Die Suche in der Haffstadt blieb leider erfolglos, mitunter wegen der hohen Immobilienpreise. Nach ewigem Hin und Her entschlossen wir uns, unseren Radius in Sachen Haussuche zu erweitern. Schließlich sind wir in der wenige Kilometer entfernten Nachbargemeinde Meiersberg fündig geworden.

Selbstverständlich fiel mir bzw. uns die Entscheidung, nach Meiersberg zu ziehen, nicht leicht. Mein Mandat in der Stadtvertretung lag mir immer am Herzen. Viele Ueckermünder lobten unsere gute Fraktionsarbeit. Während meiner Zeit als Stadtvertreter habe ich zu zahlreichen Sachthemen gesprochen und gemeinsam mit meiner Fraktion mehrere Anträge ins Stadtparlament eingebracht. Alle

unsere Initiativen hatten das gemeinsame Ziel, ein schöneres und sicheres Leben in Ueckermünde zu ermöglichen.

Auf der Sitzung im Dezember versuchte unsere Fraktion noch einmal, die sportlerunfreundliche Hallennutzungsgebühr zu thematisieren und zu kippen. Zu diesem Anliegen sprach ich aus der Sicht eines Abgeordneten und Sportlers zugleich. Leider stand immer die Ignoranz und NPD-Feindlichkeit in der Stadtvertretung im Vordergrund. Alle NPD-Anträge wurden entweder von der Tagesordnung genommen oder von den Parteien des Verfalls abgelehnt. So auch unser Antrag gegen die Sportstättennutzungsgebühr.

Die Berichterstattung im Nordkurier über unsere Fraktionsarbeit zeigte mir in den vergangenen Jahren, daß auch hier stets die NPD-Feindlichkeit im Vordergrund stand. So wurde z.B. in einer Ankündigung der Dezembersitzung verschwiegen, daß auch die Sportstättennutzungsgebühr auf der Tagesordnung stand. Die Ueckermünder Sportler wurden also im Unklaren über dieses wichtige Anliegen gelassen, nur weil

MANDATSNIEDERLEGUNG DURCH WOHNORTWECHSEL



die Schreiberlinge der Haffzeitung auf Kriegsfuß mit der NPD stehen.

Der Bericht in der Haffzeitung über mein Ausscheiden aus der Fraktion stellte den Gipfel der fragwürdigen Berichterstattung dar. Während man Kinderschänder mit Samthandschuhen anfässt und aus Schutz vor deren Persönlichkeit den Wohnort dieser Bestien verschweigt (so z.B. bei Andre K. in Ferdinandshof), berichtete man im Nordkurier stolz, daß eigene Recherchen ergaben, daß mein neuer Wohnort Meiersberg sei.

Sicher stand dabei für die Nachfolger der ‚Freien Erde‘

im Vordergrund, meine neue Nachbarschaft vor einem bösen Nazi zu warnen. Der Hetzartikel bewirkte allerdings das Gegenteil. Nach der Veröffentlichung bekundeten mir gegenüber viele ihre Solidarität. Ihrer Meinung nach ist ein Familienvater, der nichts anderes macht, als für die Interessen seines Volkes zu kämpfen, kein Verbrecher.

Blicke ich auf die Zeit meiner Abgeordnetentätigkeit in Ueckermünde zurück, kann ich mit Stolz und erhobenen Hauptes sagen, daß ich gemeinsam mit meiner Fraktion eine gute Arbeit geleistet habe, die mir viel Spaß gemacht hat. Ich wünsche

Marko Müller und André Gehrt weiterhin viel Erfolg für ihre Nationale Politik im Ueckermünder Rathaus. Mögen sie auch weiterhin stets die Belange der Ueckermünder Bürger im Blick behalten und zukunftsorientierte Politik für die Menschen in unserer Region machen.

Meinen kommunalpolitischen Schwerpunkt lege ich künftig auf den Landwirtschafts- und Umweltausschuß des Kreistages Vorpommern-Greifswald. Außerdem steht die nächste Kommunalwahl 2014 vor der Tür, und auch Meiersberg hat eine Gemeindevertretung – bislang ohne NPD-Vertreter.“

Ueckermünder zahlen für Rückzug der Bürgermeisterin!

Im Dezember 2011, nur 20 Monate nach der Wahl, verkündete Heidi Michaelis, daß sie ihren Bürgermeisterstuhl vorzeitig, zum März 2013, räumen will.

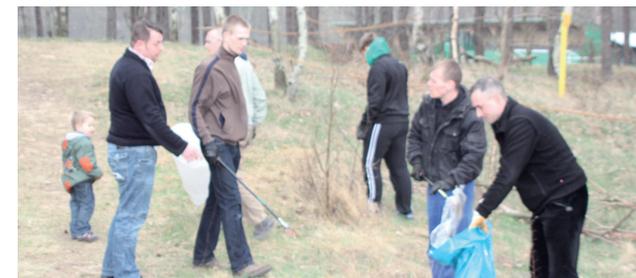
Nachvollziehbare Gründe für den Rücktritt sind den Meisten bis heute verborgen geblieben. Sollte die zweite Amtszeit nur zur Überbrückung bis zum

Ruhestand dienen? Von vorzeitigem Rücktritt war in den Wahlversprechen jedenfalls nie die Rede. Die Enttäuschung bei Michaelis Wählerschaft dürfte demnach besonders groß sein, denn sie wählten ihr Oberhaupt bis ins Jahr 2017.

Aber auch die Kritiker von Michaelis haben keinen Grund zur Freude. Die Durchführung der um vier

Jahre vorgezogenen Bürgermeisterwahl kostet alle Ueckermünder 11.700 Euro. Eigentlich sollte es Ehrensache sein, daß der Verursacher - also Frau Michaelis - für die Kosten aufkommt. Da dies nicht der Fall ist, verweigerte die NPD-Fraktion die Zustimmung zur Versetzung der Bürgermeisterin in den Ruhestand.

NPD- und Linksfraktion säubern gemeinsam den Wald



Aufgrund der Eröffnung des Kletterwaldes fand eine ungewöhnliche Putzaktion statt. Zur Unterstützung der Betreiber fanden sich einige Ueckermünder ein und befreiten den Wald vom Unrat. Das Besondere an diesem Frühjahrsputz war, daß ausschließlich Anhänger der Linkspartei und der NPD teilnahmen.

Der eigentliche Grund dafür dürfte ein NPD-Antrag gewesen sein. In diesem

wurde vorgeschlagen, einen regelmäßigen Frühjahrsputz in Ueckermünde einzuführen. Die Linksfraktion schien davon so begeistert, daß sie, noch vor der Behandlung der NPD-Initiative in der Stadtvertretung, selbst zum Frühjahrsputz aufrief.

Wohl aufgrund der kopflosen Eile folgte zwar nicht einmal die gesamte Linksfraktion dem eigenen Aufruf, denn neben der Bürgermeisterin Heidi und ihrem Sohn

Thomas Michaelis, der ganz arbeiterfreundlich im weißen Hemd erschien, gaben sich nur fünf Linke die Ehre. Um so größer war da die Freude, als die NPD mit 11 Kameraden zur Unterstützung eintraf. So wie es im Ursprungsantrag der NPD hieß, „Jung und Alt konnten wieder näher zueinander finden.“

Daß die Sauberkeit unserer Heimatstadt anscheinend doch keine Herzensangelegenheit der Linken ist und nur das Schmücken mit fremden Federn im Vordergrund stand, zeigte sich einen Tag später. Trotz der erfolgreichen gemeinsamen Putzaktion lehnten sie den NPD-Vorschlag für einen Frühjahrsputz in Ueckermünde bezeichnenderweise ab.

200 ASYLANTEN FÜR UECKERMÜNDE?

Unser Landkreis wurde aufgefordert, Wohnraum für 200 Asylanten zu schaffen. In einer Ausschußsitzung des Kreises hieß es, daß für den Standort eines Heimes auch Ueckermünde in Frage käme. Die NPD erkundigte sich nach dem derzeitigen Sachstand. Die Antwort der Bürgermeisterin:

Die Stadt besitzt kein entsprechendes Gebäude. Gegen eine dezentrale Unterbringung hätte sie aber nichts einzuwenden. Auch wenn Ueckermünde dadurch vorerst aus dem Rennen sein dürfte, weil die zentrale Unterbringung Voraussetzung ist, besteht ein gewisses Restrisiko.

Denn sollte sich keine andere Stadt bereit erklären, die Asylanten aufzunehmen, könnte man auf Ueckermünde zurückkommen.

Dezentral würde dann bedeuten, daß die Asylanten in verschiedenen Wohnungen, z.B. in Ost oder West,- untergebracht werden könnten.